

Siegfried Jäger (Hrsg.): *Rechtsdruck*. Die Presse der Neuen Rechten. – Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH 1988 (= Dietz Taschenbuch 24), 272 Seiten mit zahlr. Abb.

Mehr als 130 regelmäßig erscheinende Zeitungen und Zeitschriften propagieren in der Bundesrepublik Deutschland rechtsradikale Argumente. Ziel des vorliegenden Sammelbandes ist es, die sechs wichtigsten *Zeitschriften* systematisch zu untersuchen, dabei die Ideologie der Rechten, die Mittel ihrer Durchsetzung und ihre Durchsetzungschancen zu beurteilen.

Im ersten Kapitel fragen Clemens Graefen, Ursula Kreft und Hans Uske danach, ob »die Rechte wieder hoffen kann«. Bereits vor den Wahlerfolgen der Republikaner konnte man Anfang 1988 mit Ja antworten: Die Integration der Rechten durch die CDU/CSU gelingt zunehmend weniger, die Wende in Bonn hat rechte Wähler nie überzeugt, nationalistisch gesinnte Bürger sind von der Deutschlandpolitik und dem »halbherzigen Rassismus der Union enttäuscht«. Vorboten einer fünften, rechten Partei sind bereits im Jahre 1987 abzusehen, die sozialen und psychologischen Bedingungen einer »Erringung einer kulturellen Hegemonie« durch die Rechten haben sich jedenfalls nicht verschlechtert.

Martin Dietsch untersucht in seinem Beitrag Organisationen und Presse der Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Charakteristisch erscheint die Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konkurrenz im Verhältnis zwischen den diversen Gruppierungen. Allerdings existieren sogenannte Leitorgane, z.B. die »Deutsche Nationalzeitung«, die bestimmte Argumente, Begriffe und Deutungsmuster rechtsradikalen Denkens vorgeben. Daneben klassifiziert Dietsch den rechten Zeitungsmarkt nach Zeitschriften »militant terroristischer Gruppen« (z.B. die »FAP-Nachrichten«), nach »Ideologieorganen« wie »Nation Europa« oder nach »religiösen Organen«, z.B. »Stimme der Märtyrer«. Die »Quer-

frontstrategie« der Neuen Rechten besteht u. a. darin, in alle politischen Lager hineinzuwirken. Deshalb werden Organe sowohl für ein linkes als auch für ein konservatives Publikum als »Blockadebrecher« herausgegeben.

Siegfried Jäger (Professor für Germanistik an der GHS Duisburg) beschreibt die folgenden Kapitel als einen diskursanalytischen Versuch, die Wirksamkeit rechter Publikumsansprache anhand exemplarischer Einzelbeiträge herauszuarbeiten. Diskursanalyse beschäftigt sich nicht nur mit der sprachwissenschaftlichen Formalanalyse, sondern begreift den Text auch als Ausdruck bzw. Teil einer bestimmten gesellschaftlichen Praxis, der Fabrikation von Ideologie: Das »Thule-Seminar« etwa versucht, Elemente einer sozialdarwinistisch verbrämten »Metapolitik« zu entwickeln und zu propagieren. Der Text »Alles Große steht im Sturm« offenbart nicht nur Pathos, sondern auch eine »Diskrepanz zwischen Anspruch auf Intellektualität und der Militanz des Vortrages«. Aufbau und (Nominal-)Stil des Textes verraten eine Art »Kampfgesang«.

Birgit Rother und Helmut Kellershohn (»Wanderer im Nebelfeld. Der »Dritte Weg« der »Neuen Zeit«) verdeutlichen die Ambitionen dieser Zeitschrift. Propagandistisches Ziel ist hier das Konzept des »Dritten Weges« zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Anfang der 80er Jahre scheiterte jedoch der Versuch, die »nationalpolitische Gesamtkonzeption« des »Dritten Weges« in die ökologische Bewegung einzubringen. Die »Neue Zeit« richtet sich von Anfang an gegen die »Linke«, gegen ihre »Gleichmacherei«. »Das Volk« sei, so heißt es, das neue »revolutionäre Subjekt«.

»Nation Europa« wird im Beitrag von Monika Krieg wohl nicht zu Unrecht als ein »Umschlagplatz für rechtes Denken« bezeichnet: Als geistiges Führungsorgan des europäisch orientierten Nationalismus neuen Stils argumentiert diese Zeitschrift unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Erkenntnisse konsequent rassistisch: »Ras-

sismus« sei eine »natürliche« Reaktion der »Bodenständigen« auf die »Andersartigkeit« von Fremden, die »stärkere Rasse« setze sich durch. Die Unterlegenen entwickelten sogar noch »Neid auf begehrte Wesensmerkmale der anderen«. So müßten die Überlegenen einen »Schutzmechanismus zur Erhaltung der eigenen Art« entwickeln, zumal die Unterlegenen ja versuchten, »sich rassistisch zu vermischen, um die Erbmasse ihrer Kinder anzuheben«. Und schließlich fordert »Nation Europa«, die Politik müsse sich an »grundlegenden biologischen Determinanten« ausrichten. Monika Krieg arbeitet diese rassistischen Grundvorstellungen der Zeitschrift mittels Textanalyse heraus.

»Mut«, ursprünglich eine rechtsradikale Jugendzeitschrift, hat sich zu einem konservativen Blatt gewandelt. Siegfried Jäger untersucht hier den exemplarischen Aufsatz »Bestimmt Hitler die Richtlinien unserer Politik« von Gerd-Klaus Kaltenbrunner. Analyseeinheiten Jägers sind einzelne typische Argumente, die er qualitativ analysiert. Letztendlich müsse man »Mut«, so schreibt er, nicht zuletzt auch aufgrund von Sprach- und Stilanalysen eine »nationalrevolutionäre Tendenz« bescheinigen. Die Funktion der Zeitschrift sei es, die allgemein zu beobachtende Offensive der Neuen Rechten gegenüber konservativer Ideologie zu forcieren. Auch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl – so erfährt der überraschte Leser – bezeichnet sich in einem (abgedruckten) Leserbrief an Kaltenbrunner als ständigen Leser von »Mut« und studiert diese Zeitschrift oft »mit viel Sympathie und Zustimmung«. Hier äußert sich Kohl aber enttäuscht über Kaltenbrunners »pauschales Urteil« (»Es tut mir leid, Ihnen dies schreiben zu müssen, weil es nicht zu dem Bild paßt, das ich von Ihnen gewonnen habe«).

Margret Jäger analysiert unter dem Titel »Lernziel: Gewalt« die rechtsradikale Jugendzeitschrift »Klartext«. Diese Zeitschrift zirkuliert als Zentralorgan der »Nationalistischen Front« in einigen Städten, etwa in Bielefeld, wo sich das von der Öffentlichkeit viel beachtete und angegriffene Zentrum dieser Gruppierung befindet. Als typisch für diese Zeitschrift wird ein Text angesehen mit folgendem Titel: »Deutschland ist uns zu wichtig, als daß wir es seinen Feinden überlassen werden.« Aufbau, Argumentation,

Sprache und Stil dieses Beitrages lassen darauf schließen, daß »Klartext« die Militanz und Gewaltbereitschaft der rechten Bewegung fördert.

Sicherlich am aktuellsten erscheint dem Leser die Analyse von Peter Miskiewicz: »Hier wissen nicht die Greise . . . Die Republikaner – eine »neue Kraft für Deutschland.« Dieser Beitrag schildert Inhalte und Gedankenführung, Sprache und Stil Franz Schönhubers (»Wen sollen wir wählen«). In Aufbau und Diktion belegt der hier zur Analyse ausgewählte Leitartikel Schönhubers die Bedeutung des historischen und politischen Revisionismus als Kern der Propaganda der Republikaner. Ein Großteil der Metaphern und Symbole stammt aus dem militärischen Milieu bzw. der Militärreiterei und dem Bereich christlicher Überlieferung: Schönhuber redet von »Karrieristen«, denen es nur um »Futterplätze« und nicht um Deutschland geht, denen doch wohl niemand als »Steigbügelhalter« oder »Büchsenspanner« dienen wolle. Die Republikaner als »Speerspitze« verfolgen – so Schönhuber – das Ziel der »Befreiung unseres Volkes aus der geistigen babylonischen Gefangenschaft« usw. usw.

Der letzte Aufsatz von Margret und Siegfried Jäger (»Die alte Schande im neuen Gewande. Perspektiven und Chancen der Neuen Rechten«) faßt noch einmal die Bedingungen der Handlungsmöglichkeiten für rechtsextreme Gruppen und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Folgende Besonderheiten sprächen für eine »weitere Verankerung« rechtsradikaler Ideologie in der Bevölkerung: 1. »Neue Qualität«: Distanzierung vom Hitler-Faschismus; 2. Attraktivität der Rechten für die Konservativen, die die politische Wende als halbherzig, als »Debakel« (Rohrmoser) empfunden haben; 3. Stabilisierung eines Konkurrenz- und Kooperationsverhältnisses zwischen verschiedenen rechten Strömungen und Gruppierungen; 4. weitere Etablierung einer rechten Partei mit dem Versuch, das Bewußtsein größerer Bevölkerungsteile in der Bundesrepublik zu beeinflussen: »Metapolitik« im Sinne eines »nach rechts verdrehten Gramsci«, Erlangung der »kulturellen Hegemonie« in Westdeutschland; 5. Beibehaltung einer differenzierten rechten Organisations- und Presselandschaft mit dem Ziel, eine politische Sammlung zu erleichtern bzw. zu for-

cieren; 6. spezifische Zielgruppenansprache und der Versuch, eine neue rechte Semantik zu etablieren; 7. Produktion einer mythologischen anstelle einer rationalen Weltsicht. Besondere Aufmerksamkeit für das »Alltagswissen« der rechten Klientel und 8. Vertuschung potentieller Bereitschaft zur Gewalt innerhalb bestimmter Gruppierungen. Die Autoren schließen ihren Beitrag mit Vorschlägen, wie sich angesichts der Formierung einer neuen rechten Partei »Gegenstrategien« formulieren ließen: Umfassende »Bildungsoffensiven« seien gefragt, mit sozialdarwinistischen Vorstellungen müsse man sich kritisch in der Öffentlichkeit auseinandersetzen.

Insgesamt bietet der Sammelband einen ersten, teilweise differenzierten Einstieg in Pressestruktur und Berichterstattung maßgeblicher rechter Gruppierungen und Parteien, die man teilweise sonst nur aus Berichten des Verfassungsschutzes kennt. Die aus exemplarischen Textanalysen gewonnenen Einsichten bieten Anschlußmöglichkeiten für eine – allerdings systematischere – Erforschung von Inhalten und Funktionen der rechten Presse. Zu kurz kommen u.a. methodische Fragen der verschiedentlich bemühten »Diskursanalyse«. Ergebnisse valider Wirkungsforschung zur Kommunikation der »Neuen Rechten« dürften weiterhin von politischer Bedeutung sein. GEORG RUHRMANN, Münster

Hartmut Steiner: *Der Fall Sonnenschein. Eine beispiellose Kampagne.* – Mainz: v. Hase & Koehler Verlag 1988, 169 Seiten + 16 Seiten Fotos.

Obwohl Steiners Buch nicht im engeren Sinne wissenschaftlich ist, lohnt sich die Lektüre für Journalisten und Wissenschaftler gleichermaßen. Gegenstand des Werkes ist der »Umweltskandal« um die Firma Sonnenschein zwischen 1978 und 1985, der für Steiner eine beispiellose Kampagne darstellt, bei der es unter dem Deckmantel des Umweltschutzes lediglich um politische Zielsetzungen ging. Steiner stellt die Vorgänge um die Firma Sonnenschein in chronologischer Reihenfolge dar. Dabei verwendet er auf weiten Strecken Dokumentationsmaterial (Gerichtsurteile und Transkripte von zwei »Panorama«-Sendungen). Die Akkumulatoren-Fabrik Son-

nenschein ist, wie bekannt sein dürfte, im Besitz der Familie des Bundespostministers Schwarz-Schilling. Um diesen – und dadurch auch die Bundesregierung und das deutsche Wirtschaftssystem – zu diskreditieren, »sollte unter allen Umständen ein Skandal produziert werden. Die Firma Sonnenschein schien dafür geeignet, wegen der Konstellation Politik – Unternehmertum – Umweltschutz.« Seit November 1978 (im Januar 1979 wird Schwarz-Schilling als Kandidat für den Berliner Senat benannt) entwickelte sich die angebliche Umweltverschmutzung durch die Firma Sonnenschein zum Gegenstand öffentlicher und massenmedialer Auseinandersetzung. Über das ganze Buch hinweg gelingt es Steiner, durch die Gegenüberstellung der von ihm recherchierten Fakten (Wortlaut von Vereinbarungen zwischen Berliner Senat und Firma Sonnenschein, vom TÜV ermittelte Meßwerte oder Gerichtsentscheidungen) und den Medieninhalten bzw. auch Äußerungen von Politikern zu verdeutlichen, daß der Kampagne gegen die Firma jegliche sachliche Grundlage fehlte. Beweise für seine Behauptung – aus politischen Gründen sei ausgerechnet im Fall Sonnenschein ein Umweltskandal inszeniert worden, um die Bundesregierung und einen ihrer Minister zu diskreditieren – kann Steiner natürlich nicht beibringen. Er führt jedoch, ohne dies explizit auszuführen, einen indirekten Beweis, indem er sachliche, »objektive« Gründe für eine Kampagne systematisch ausschließt. Eine Fülle von Indizien deutet darauf hin, daß die Firma Sonnenschein nicht der große Umweltsünder war, als die sie die Medien dargestellt haben. Sämtliche Anschuldigungen wurden nach Gerichtsverfahren ausgeräumt. Durch das offensichtliche Fehlen solcher »objektiven« Gründe für eine Kampagne erhärtet sich indirekt der Verdacht, tatsächlich hätten andere Interessen bzw. Zielsetzungen bei der Kampagne eine Rolle gespielt. Über die gerichtliche Klärung der strittigen Sachverhalte hat man dann übrigens in den Medien wenig gehört.

Ohne den beteiligten Medien Absichten irgendwelcher Art zu unterstellen: Einige allgemeine Prinzipien von Medienberichterstattung lassen sich an diesem Beispiel verdeutlichen. Da werden zunächst Informationen an bereits bestehende Schemata angepaßt. Wenn z. B. bei der